



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Fortlaufenden Ankauf von Praxen und Medizinischen Versorgungszentren stoppen“ (Drs. 20/262)

Freiberuflichkeit stärken - klare Spielregeln für Investoren schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für klare Spielregeln für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in Investorenhand einzusetzen. Vor dem Hintergrund des unbestritten hohen Investitionsbedarfs sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ist es von herausragender Bedeutung, dass die medizinische Versorgung nicht zum Spekulationsobjekt wird. Aus diesem Grund wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene insbesondere für die Schaffung eines Transparenzregisters für medizinische Versorgungszentren (MVZ) einzusetzen. Darüber hinaus sollen MVZ-Neugründungen in der Regel nur noch als gGmbH ermöglicht werden, um sicherzustellen, dass die Gewinnerzielung nicht das Hauptziel des Medizinischen Versorgungszentrums ist. Maßnahmen zur dauerhaften Stärkung der Freiberuflichkeit des Arztberufes sind zu unterstützen.

Das Gesundheitswesen wird aufgrund der hohen Investitionsbedarfe - auch infolge des medizinischen und medizintechnischen Fortschritts - dauerhaft auf Fremdkapital angewiesen sein. Gerade deshalb sind in diesem Bereich der Daseinsvorsorge klare Regelungen für Investoren zum Schutz der Patientinnen und Patienten und zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Versorgung sowie deren Finanzierbarkeit unabdingbar.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion